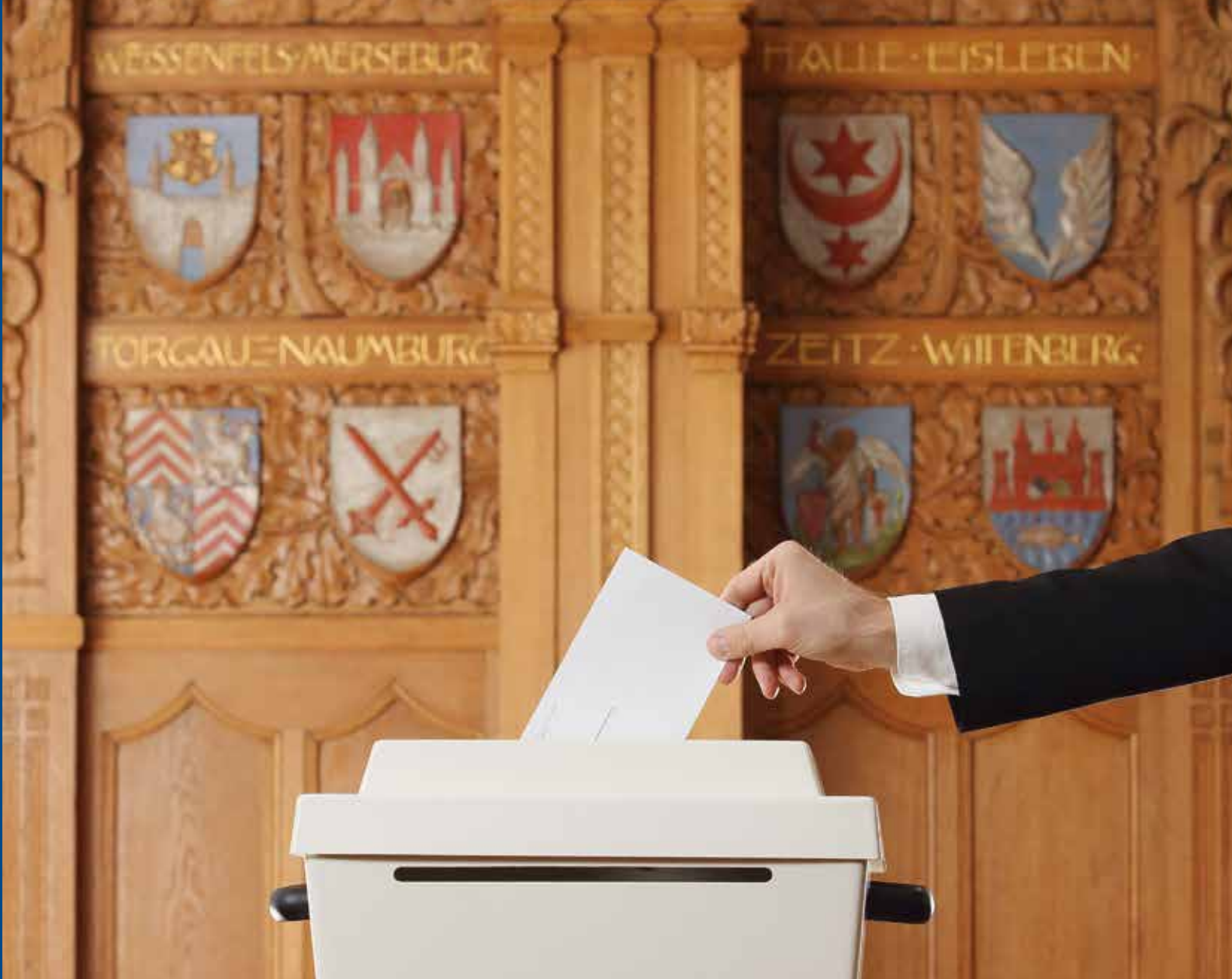




Positionspapier der IHK Halle-Dessau zur Kommunalwahl 2019

Standortpolitik

Inhalt

3	Vorwort
4	Themen und Handlungsfelder
6	Beschäftigung
8	Bildung
10	Bürokratieabbau
12	Energie und Umwelt
14	Infrastruktur
16	Kommunale Wirtschaftstätigkeit
18	Raumordnung und Regionalplanung
20	Steuern und Finanzen
22	Tourismus
24	Standortpolitik vor Ort
26	Anhalt-Bitterfeld
28	Burgenlandkreis
30	Dessau-Roßlau
32	Halle (Saale)
34	Mansfeld-Südharz
36	Saalekreis
38	Salzlandkreis
40	Wittenberg
42	Impressum



Die Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau vertritt die Interessen von 55.000 Unternehmen im südlichen Sachsen-Anhalt.

Vorwort

Am 26. Mai 2019 finden in Sachsen-Anhalt Kommunalwahlen statt. Zugleich wird auch das Europäische Parlament gewählt. Dieser Sonntag im Mai ist für Sachsen-Anhalt somit in doppelter Hinsicht ein Tag der Weichenstellungen. Zwar werden in den Kommunalwahlen nicht die Geschicke der Europäischen Union bestimmt, für viele Unternehmer sind die Weichenstellungen vor Ort jedoch nicht weniger wichtig. Mehr noch: Die Auswirkungen guter oder schlechter kommunaler Wirtschaftspolitik werden von Unternehmern vor Ort in aller Regel sehr unmittelbar wahrgenommen. Ansiedlungs- oder Erweiterungsentscheidungen hängen häufig wesentlich von den lokalen Standortbedingungen ab. Insofern ist die Wahrung der Interessen der lokalen bzw. regionalen Unternehmerschaft ein besonderes Anliegen der Vollversammlung der IHK Halle-Dessau, welche das vorliegende Positionspapier in Ihrer Sitzung am 13. März 2019 beschlossen hat.

Wir haben unsere Handlungsempfehlungen in zwei Teile gegliedert: Im ersten Teil beleuchten wir die vielfältigen Politikbereiche, die alle Gebietskörperschaften gleichermaßen betreffen und stellen Leitlinien für eine erfolversprechende Wirtschaftspolitik im gesamten IHK-Bezirk auf. An Möglichkeiten der Kommune Einfluss auf die Standortqualität zu nehmen, mangelt es nicht. Ob es um Bildung oder Beschäftigung, ob es um Tourismus oder Verkehr geht: Nicht alles, was auf kommunaler Ebene passiert, ist fremdbestimmt. Durch kluge Gestaltung der Rahmenbedingungen vor Ort können Kommunalpolitiker sehr wohl Einfluss nehmen.

Im zweiten Teil beleuchten wir die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte im IHK-Bezirk. Denn neben den Gemeinsamkeiten gibt es natürlich in jeder Gebietskörperschaft auch Besonderheiten, die die Unternehmer vor Ort bewegen. Außerdem stellen wir dar, wo unsere Mitglieder sitzen bzw. ihr Gewerbe betreiben und hier wird sehr schnell deutlich: Wirtschaft findet überall statt – und zwar innerhalb und auch außerhalb der Ballungszentren. Eine ausgewogene kommunale Wirtschaftspolitik muss dies berücksichtigen.

Zuguterletzt möchten wir Ihnen, liebe Leser, noch einen Aufruf mitgeben. Für die Unternehmer und an der wirtschaftlichen Entwicklung interessierte Bürger lautet dieser: Nutzen Sie die Chance, die Rahmenbedingungen vor Ort und in Europa mitzugestalten und machen Sie am 26. Mai 2019 von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Und allen Kommunalpolitikern und sonstigen politisch Verantwortlichen möchten wir sagen: Nutzen Sie diese Handreichung für eine Gestaltung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen vor Ort! Ein ständiges Mitdenken der Belange der Wirtschaft in den Landkreisen und Städten sorgt für gesunde Unternehmen und stabile Arbeitsplätze und schafft somit Wohlstand und Haltefaktoren in unserer Region, deren Entwicklung uns allen am Herzen liegt.

Prof. Dr. Steffen Keitel
Präsident

Prof. Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer

A blue-tinted photograph of a crowd. In the foreground, a hand in a dark suit sleeve holds a white rectangular sign. The background is filled with other people, some holding similar signs, creating a sense of a large gathering or protest. The overall mood is one of collective action.

Themen und Handlungsfelder



Beschäftigung

Die Ziele wirksamer Beschäftigungspolitik sind der Erhalt bestehender und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Insoweit war bzw. ist nicht jede Maßnahme so genannter „aktiver Arbeitsmarktpolitik“ tatsächlich wirksame Beschäftigungspolitik. Die beachtlichen Erfolge in der jüngeren Vergangenheit – die Arbeitslosigkeit sank spürbar, die Beschäftigung nahm zu – basieren eher auf Reformen beim Arbeitslosengeld und damit auf einer verbesserten Anreizwirkung. Zudem spielt auch der demografische Wandel eine Rolle. Dennoch liegt die Arbeitslosenquote im Süden Sachsen-Anhalts noch immer über dem Schnitt der ostdeutschen Länder.

Kommunalpolitik als Standortpolitik kann wesentlich dazu beitragen, dass Beschäftigung gesichert wird und neue Arbeitsplätze entstehen. Dabei geht es vor allem um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Nicht die Verbesserung der Arbeitsmarktstatistik ist das Ziel, sondern die tatsächliche Verbesserung der Beschäftigungssituation. Kostenintensive staatliche Beschäftigungsprogramme von zweifelhaftem wirtschaftlichen Nutzen helfen da nicht, im Gegenteil: Oft entstehen dabei für private Unternehmen erhebliche, mitunter gar existenzbedrohende Nachteile.

Dies gilt umso mehr, da sich die Vorzeichen am Arbeitsmarkt aktuell gedreht haben: Gerade bei qualifizierten Fachkräften geht es heute weniger darum, diese in Arbeit zu bringen, sondern vielmehr darum, diese in die Region zu holen und auch hier zu halten. Der Fachkräftemangel ist insbesondere im ländlichen Raum noch zugespitzter als in den großen Zentren. Neben der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewinnen die sogenannten weichen Standortfaktoren zunehmend an Bedeutung.

Handlungsempfehlungen

Rahmenbedingungen verbessern!

Die Kommunen sollten zunächst und sehr grundsätzlich all ihre Aktivitäten daraufhin überprüfen, ob sie der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes nützen oder nicht. Es gibt keinen besseren Weg zu mehr Beschäftigung als den über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts insgesamt. Das gilt in Zeiten des Fachkräftemangels auch für das Arbeitskräfteangebot: Die Attraktivität der Rahmenbedingungen für potentielle Zuwanderung und Integration in den Arbeitsmarkt kann auch die Kommune beeinflussen. Um eine wirkungsvolle Integration zu gewährleisten, sollte auf kommunaler Ebene eine Unterstützung der Wirtschaft, z. B. durch die Einrichtung von Integrationsmanagern erfolgen. Dabei spielt auch das Thema Vermittlung von Angehörigen in Arbeit bzw. in Ausbildung über lokale Netzwerke eine wichtige Rolle.

Zurückhaltung bei öffentlicher Beschäftigung üben!

Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Ein-Euro-Jobs, Bürgerarbeit und sonstige öffentliche Beschäftigungsinitiativen sorgen oft genug für Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten privater Unternehmen und damit letztlich auch der Region bzw. des Wirtschaftsstandortes insgesamt. In solchen Fällen sind die öffentlichen Jobs teuer erkaufte: Sie schaden der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, indem sie die Sicherung bzw. Entstehung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt behindern.

Aktive Maßnahmen nur bei echten Problemen!

Trotz guter Beschäftigungsentwicklung und Fachkräfteengpässen gibt es einige Menschen, die durch die Anreizsysteme und auch durch den Mindestlohn nicht ohne weiteres in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Hier kann intensive Betreuung nötig sein, um diese Menschen zu aktivieren und zu qualifizieren. In diesen Fällen ist aktive Arbeitsmarktpolitik auch aktivierende Sozialpolitik. Insoweit könnte auch das jüngst verabschiedete Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz) Chancen bieten, die es sorgfältig zu prüfen und ggf. entschlossen zu nutzen gilt.

Freie Wahlmöglichkeiten bei der Kinderbetreuung verbessern!

Bei der Wahl des Betreuungsortes sollte es mehr Freiheit bzw. größere Flexibilität geben. Die Kommunen sollten hier aufeinander zugehen und stärker miteinander kooperieren, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Zugleich könnten auch durch die Kooperation von Unternehmen und Kommunen noch mehr arbeitsortnahe Betreuungsangebote entstehen. Darüber hinaus sind in einigen Gemeinden die Öffnungszeiten noch flexibler zu gestalten.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt grundsätzlich Vorrang bekommt vor staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen? Auf welche Weise werden Sie das tun?

Wie werden Sie sich für eine flexiblere Kinderbetreuung einsetzen?

Bildung

Die Nachwuchs- und Fachkräftesicherung wird vor dem Hintergrund des fortschreitenden demografischen Wandels immer wichtiger für die Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Ohne Aus- und Weiterbildung, die qualitativ hochwertig sein sollte, geht es dabei nicht. Dabei muss die Förderung von Kindern bereits früh beginnen und sich kontinuierlich fortsetzen. Frühkindliche Bildung und die Rolle der Schulen sind hier entscheidend.

Weil Bildungspolitik auch eine kommunale Aufgabe ist, sollten die Kommunen ihren Gestaltungsspielraum nutzen, um mit den sich ständig wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes Schritt halten zu können.

Handlungsempfehlungen

Gute Chancen von Anfang an – frühkindliche Bildung stärken!

Frühkindliche Bildung ist grundlegend für den weiteren Bildungserfolg und entscheidet maßgeblich über Entwicklungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen. Deshalb ist das vorhandene Bildungsprogramm „Bildung elementar“ konsequent in den Kindertagesstätten in Sachsen-Anhalt umzusetzen. Wünschenswert wäre, die Angebote der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ landesweit noch stärker zu integrieren und neben den Kindertagesstätten auch vermehrt in Grundschulen und Horten umzusetzen.

Ganztagschulen weiter ausbauen!

Der weitere Ausbau von Ganztagschulen bietet die Chance, berufstätige Eltern zu entlasten. Zugleich können qualitativ hochwertige und flexible ganztägige Bildungsangebote die Entwicklung der Kinder bestmöglich fördern. Ganztagsangebote entsprechen auf diese Weise einer modernen Infrastruktur im Bildungsbereich.

Schulinfrastruktur erhalten und verbessern!

Rückläufige Schülerzahlen dürfen bei den Kommunen nicht zu pauschalen Einsparungen bei Investitionen in die Schulinfrastruktur führen. Vielmehr sind kluge Kooperations- und Modernisierungskonzepte gefragt. Hierzu gehört vor allem der dringend notwendige digitale Ausbau in allen Schulformen. Dieser sollte mit Unterstützung des Landes weiter vorangetrieben werden. Darüber hinaus sollten auch die Schulwege so kurz wie möglich sein.

Ausbildungsort- und wohnortnahe Berufsschulangebote organisieren!

Bei der Suche nach geeigneten Berufsschulangeboten dürfen Kreisgrenzen keine hohen Hürden für die Auszubildenden darstellen. Die nächstmögliche berufsbildende Schule im Land, die die Fachspezifik anbietet, sollte besucht werden können. Ein weiteres Kriterium für die Festlegung von Schulstandorten sollte die Nähe der ausbildenden Unternehmen sein. Vereinbarungen zwischen den Landkreisen müssen auf den Prüfstand, wenn diese zu Lasten der Auszubildenden gehen. Bei Berufsschulangeboten sollten außerdem verstärkt moderne Methoden des Blockunterrichts betrachtet werden.

Berufsorientierungsangebote in der Region unterstützen!

Frühzeitige und gute Berufsorientierung ist wichtig. Denn wer weiß, was er will und kann, der trifft später auch leichter die Entscheidung für den richtigen Beruf. Regionale Berufsorientierungsangebote sollten mit den Aktionen und Partnern von RÜMSA (Regionales Übergangsmanagement) bedarfsgerecht ergänzt werden. Die Angebote können dadurch im kommunalen Kooperationsverbund besser organisiert, umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie die Wahlmöglichkeiten bei der Kinderbetreuung verbessern?

Werden Sie dabei helfen, Ganztagschulen auszubauen?

Gibt es in Ihrem Landkreis/Ihrer kreisfreien Stadt bereits Berufsorientierungsaktivitäten, die über RÜMSA organisiert werden können und wie wollen Sie dadurch den drohenden Fachkräftemangel bekämpfen?

Bürokratieabbau

Komplizierte Auflagen und langwierige Genehmigungsverfahren sind ein Hemmschuh für Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft der Unternehmer vor Ort. Gerade kleine und mittlere Unternehmen leiden besonders unter oft unnötig hohem bürokratischem Aufwand. Verzögerungen aufgrund langwieriger Verfahren erschweren zudem unternehmerische Flexibilität und schränken die Handlungsfähigkeit ein. Auch auf potentielle Unternehmensgründer wirken die vielfältigen Auflagen und Berichtspflichten eher abschreckend.

Die öffentlich-rechtlichen Strukturen sind für „Außenstehende“ oftmals nur schwer zu durchschauen. Doch hier haben viele Kommunen in den vergangenen Jahren durchaus gute Ansätze entwickelt, um es Bürgern und Unternehmen einfacher zu machen – Stichwort „Verwaltung als Dienstleister“. Diese Ansätze sind auszubauen, gute Beispiele systematisch zu erfassen und möglichst breit zu kommunizieren. Hierzu zählt u. a. auch die stärkere Nutzung des Internets für die Kommunikation der Verwaltung mit Bürgern und Unternehmen: kurze Wege und unkomplizierte Verfahren durch E-Government. Das Leitbild einer wirtschaftsfreundlichen Kommune sollte unbedingt Schule machen.

Bürokratie verursacht Kosten – sowohl für Kommunen als auch Unternehmen. Aus Unternehmenssicht ist dies ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Es rechnet sich also für Kommunen doppelt, sich im Standortwettbewerb um einfache Verfahren und klare Strukturen zu bemühen: Mehr Ansiedlungen, mehr Steuereinnahmen, geringerer Verwaltungsaufwand sowie zufriedene Bürger und Unternehmer winken.

Handlungsempfehlungen

Vorschriften klar und verständlich formulieren!

Vorschriften müssen nicht nur sachlich gerechtfertigt, sondern für Bürger und Unternehmen auch nachvollziehbar und gut verständlich sein.

Deregulierung, Standardabbau und Entbürokratisierung als Daueraufgaben begreifen!

Auch wenn konkrete Erfolge mitunter nur schwer messbar und zurechenbar sind, muss der Grundsatz gelten: Wenn eine Regel nicht unbedingt notwendig ist, dann ist es unbedingt notwendig, sie abzuschaffen (bzw. sie gar nicht erst zu erlassen)!

Das novellierte Mittelstandsförderungsgesetz (MFG) legt den kommunalen Gebietskörperschaften auf, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen von bürokratischem Aufwand zu entlasten. Dies sollte nicht als lästige Pflicht, sondern als echte Chance im Standortwettbewerb begriffen werden. Auch der Leitfaden zum MFG und der darin enthaltene KMU-Test sollte allen Mitarbeitern bekannt gemacht und von der Verwaltung konsequent umgesetzt werden.

Mehr „Dienstleistungsorientierung“: Ermessensspielräume nutzen!

Hingegen sollten tatsächlich notwendige Regeln mit Augenmaß und dem Willen zum Gelingen umgesetzt werden. Dies ist insbesondere dort von Bedeutung, wo es gilt, durchaus vorhandene Ermessensspielräume zu nutzen. Der Weg von einer „Verhinderungskultur“ zu einer „Genehmigungs- und Gelingenskultur“ mag mancherorts weit sein; lohnenswert allerdings wäre dieser Weg allemal – im Interesse des Gemeinwohls.

E-Government ausbauen!

Viele Kommunen bieten bereits Formulare und wichtige Vorschriften über das Internet an. Dieser Weg ist konsequent fortzusetzen. Als Maßstab können die Vorgaben des E-Government-Gesetzes dienen. Idealerweise ist das Online-Zugangsgesetz möglichst abgestimmt mit anderen regionalen Partnern umzusetzen, um eine einheitliche Verwendbarkeit durch die Unternehmen sicherzustellen.

Von den Besten lernen!

Es ist nicht möglich, aber auch nicht nötig, ständig das Rad neu zu erfinden. Die Kommunen sollten sich stärker untereinander über erfolgreiche Projekte in den Bereichen Serviceorientierung, E-Government und Bürokratieabbau etc. austauschen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich für eine Vereinfachung von Regeln und Vorschriften einsetzen? Was genau werden Sie tun – und wie?

Wie wollen Sie erreichen, dass in Ihrem Verantwortungsbereich erfolgreiche Beispiele anderer Kommunen in den Bereichen Bürokratieabbau und E-Government aufgegriffen und umgesetzt werden?

Werden Sie die Auftragsvergabe vereinfachen? Wie genau?

Energie und Umwelt

Ohne eine dauerhaft verlässliche Energieversorgung zu möglichst niedrigen Preisen ist wettbewerbsfähiges Wirtschaften undenkbar. Umfragen unter den Mitgliedsunternehmen der IHK zeigen, dass die Energiepreise derzeit als größtes Risiko für den Standort Sachsen-Anhalt gesehen werden. Insofern sollten auch Kommunen ein Interesse an einer ausgewogenen Energiepolitik haben.

Auch Umweltaspekte sind für die Attraktivität eines Standortes wichtig: Unternehmer schätzen eine intakte Umwelt als positiven Standortfaktor. Ökonomie und Ökologie sind nicht als grundsätzlich unvermeidbare Widersprüche zu begreifen: Sie sind zwei Seiten derselben Medaille und dienen der Standortqualität – allerdings nur, wenn das Verhältnis stimmt!

Leider ist in vielen Bereichen der Umwelt- und Energiepolitik das Vertrauen der politisch Verantwortlichen in marktwirtschaftliche Instrumente nicht sehr ausgeprägt. Deutlich werden muss, dass der Verzicht auf Marktwirtschaft und Wettbewerb hier Nachteile für Viele bedeutet.

Handlungsempfehlungen

Politische Einflussmöglichkeiten auf Strom- und Gaspreise nutzen!

Kommunale Entscheidungsträger haben, wenn auch begrenzt, durchaus Einflussmöglichkeiten auf die Strom- und Gaspreise. Ansatzpunkte gibt es zum Beispiel bei den Konzessionsabgaben der Energieversorgungsunternehmen und über die einschlägigen Gremien der Stadtwerke.

Kommunalpolitik nicht von Partikularinteressen vereinnahmen lassen!

Die Kommunalpolitik sollte sich stets ihrer standortpolitischen Verantwortung für eine sichere und effiziente Energieversorgung sowie für einen ausgewogenen Energiemix bewusst bleiben. „Kirchturmdenken“ und „Insellösungen“ sind abzulehnen.

Keine „ideologische Privilegierung“ einzelner Energieträger!

Eine marktkonforme Energiepolitik kann es sich nicht leisten, aus ideologischen Gründen auf die Nutzung bestimmter Energieträger zu verzichten. Anschluss- und Benutzungs-satzungen, die wettbewerbswidrig den Vorrang bestimmter Energieträger festlegen, sind abzulehnen.

Energiewirtschaftlichen Strukturwandel in der Region gestalten!

Der durch den geplanten Braunkohleausstieg einsetzende energiewirtschaftliche Strukturwandel muss in den Regionen aktiv begleitet werden. Es gilt, Industriearbeitsplätze zu erhalten, neue zu schaffen und über kommunale Grenzen hinweg Wissens- und Technologietransfer zwischen regionalen Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu unterstützen. Die bereitgestellten Mittel aus dem Programm „Innovation im Revier“ sollten zu Projekten führen, die tatsächlich wirksam Innovationen fördern und die Fachkräfte in der Region halten.

Privatisierungspotenziale prüfen!

Besonders die Bereiche Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung sind noch immer weitgehend in der Hand kommunaler Betriebe. Gewiss muss das Heil nicht immer und notwendigerweise gleich in einer vollständigen Privatisierung liegen; wo diese nicht möglich bzw. nicht sinnvoll ist, wären alternative Modelle wie z. B. das Modell des Public-Private-Partnership (PPP) zu prüfen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie sich für niedrigere Energiepreise und eine höhere Versorgungssicherheit einsetzen?

In welchen Bereichen sehen Sie Privatisierungspotenziale?

Wie wollen Sie eine wirtschaftsfreundlichere Umsetzung von Umweltbestimmungen erreichen?

Wie wollen Sie den energiewirtschaftlichen Strukturwandel in Ihrer Region gestalten?

Infrastruktur

Ohne solide Verkehrswege gelangt niemand ans Ziel – Erreichbarkeit ist Trumpf. Dies gilt für lebendige Innenstädte ebenso wie für die „grüne Wiese“: Lieferverkehr, Pendlerverkehr, Entsorgungsverkehr und Einkaufsfahrt müssen allesamt uneingeschränkt möglich sein.

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben kommunaler Standortpolitik, für eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur zu sorgen. Ohne leistungsfähige Infrastruktur gibt es keine leistungsfähige Wirtschaft. Und ohne leistungsfähige Wirtschaft gibt es keine Standortentwicklung. Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Standorten gehen gleichsam Hand in Hand mit der Infrastruktur.

Eine moderne Infrastrukturausstattung besteht nicht nur aus einem soliden Verkehrsnetz. Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft ist eine moderne Informationsinfrastruktur für die Abwicklung von Produktionsprozessen und für den Absatz der Produkte unerlässlich. Standorte, die nicht mit schnellem Internet ausgestattet sind, laufen Gefahr, im Standortwettbewerb abgehängt zu werden. Deshalb ist der Breitbandausbau auf Glasfaserbasis mit höchster Priorität umzusetzen.

Handlungsempfehlungen

Instandhaltungs- und Reparaturstau auflösen!

Investitionen in die Infrastruktur dürfen auch bei schwierigen Haushaltslagen nicht zum Streichposten werden. Die aktuellen Mittelaufstockungen im Verkehrshaushalt bei Bund und Land sind ein Schritt in die richtige Richtung. Nun muss für Verstetigung gesorgt werden.

Keine Privilegierung bestimmter Verkehrsträger!

Es muss grundsätzlich ein sinnvoller Mix aller Verkehrsträger angestrebt werden. Die Privilegierung und Subventionierung bestimmter Verkehrsträger zu Lasten vor allem des Autoverkehrs beeinträchtigt die Standortqualität über Gebühr.

Verkehrsinfrastruktur an den Bedürfnissen der Nutzer ausrichten!

Bei Entscheidungen über die öffentliche Verkehrsinfrastruktur sollten die Mobilitätsbedürfnisse der Nutzer im Mittelpunkt stehen. Dabei sind die zunehmenden Wünsche der Bevölkerung nach integrierten Mobilitätsangeboten zu berücksichtigen.

Intelligente Verkehrsführung statt schlichter Fahrverbote!

EU-Richtlinien über die Emissionsverminderung müssen, sofern sie in die Zuständigkeit der Gemeinden fallen, mit Umsicht und Augenmaß umgesetzt werden. Dabei gilt: Eine kluge und vorausschauende Verkehrslenkung und -optimierung zu betreiben, mag schwieriger sein, als schlichte Fahrverbote auszusprechen; sinnvoller allerdings wäre eine solche Politik allemal.

Parkmöglichkeiten in den Innenstädten verbessern!

Auch und gerade in den Innenstädten müssen individuelle Mobilität und Flexibilität möglich sein. Hierzu gehört Parkraum in Innenstadt Nähe. Nur erreichbare Stadtzentren können lebendige Stadtzentren sein. Individualverkehr, Güterverkehr und ÖPNV sollten mit intelligenten Konzepten gut aufeinander abgestimmt werden.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur sowie notwendige Neu- und Ausbaumaßnahmen finanziell sicherstellen?

Werden Sie sich für mehr und bessere Parkmöglichkeiten in den Innenstädten einsetzen?
Was planen Sie konkret?

Werden Sie sich für einen sinnvollen Mix aller Verkehrsträger einsetzen? Wie genau?

Wie werden Sie sich für eine Beschleunigung des Breitbandausbaus einsetzen?

Kommunale Wirtschaftstätigkeit

In einer idealtypischen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung betätigen sich private Unternehmen wirtschaftlich, der Staat hingegen beschränkt sich auf seine Rolle als Regelssetzer. Dies garantiert eine möglichst effiziente Mittelverwendung durch Private, die sich im tagtäglichen Wettbewerb Ineffizienz nicht leisten können. Dies garantiert aber auch, dass wirtschaftliche und politische Interessen strikt getrennt werden und somit ein fairer und transparenter Rechtsrahmen die Handlungsspielräume der Marktteilnehmer absteckt.

Verfechter kommunaler Wirtschaftstätigkeit führen häufig als Argument das Interesse an der Einflussnahme der Kommunen auf das wirtschaftliche Geschehen in ihrem Wirkungsbereich an – die Wohnungspolitik ist hier ein besonders gutes Beispiel.

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung steht dafür aber ein anderes Mittel als die Selbstbetätigung zur Verfügung: die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich wirtschaftliche Betätigung abspielt. Auch das häufig anzutreffende Argument der Qualitätssicherung ist nicht stichhaltig: Niemand würde auf die Idee kommen, jegliche qualitätssensiblen Produkte und Dienstleistungen nur von der öffentlichen Hand bereitstellen zu lassen – in einer Marktwirtschaft allgemein akzeptiert ist hingegen die gesetzliche Vorgabe bestimmter Qualitätsstandards.

Kommunen sollten sich folgerichtig nur dort unternehmerisch betätigen, wo sie nachweislich den Zweck besser und wirtschaftlicher erfüllen können als Private. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass Marktverhältnisse sich ändern können. Somit ist regelmäßig nachzuprüfen, ob die Voraussetzungen für die kommunale wirtschaftliche Betätigung noch existieren. Der bloße Hinweis auf die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge jedenfalls reicht nicht. Bei Gartenbau, Recycling, Verkehrsgewerbe, Kfz-Reparaturen, Ingenieurdienstleistungen etc. geht es nicht um Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.

Handlungsempfehlungen

Privatisierung kommunaler Betriebe prüfen!

Mitgliedsunternehmen der IHK klagen in einschlägigen Umfragen über hohe Preise insbesondere für Wasser und Abwasser sowie für die Müllentsorgung im IHK-Bezirk. Niedrigere Preise lassen sich nach aller Erfahrung über mehr bzw. intensiveren Wettbewerb erreichen. Mitunter können Privatisierungen ein probates Mittel sein, insoweit im Sinne der Kunden voranzukommen. Dies gilt es – wo immer möglich und sinnvoll – zu prüfen.

Chance des Public-Private-Partnership (PPP) ergreifen!

Wenn eine Privatisierung nicht möglich oder sinnvoll erscheint, sollten alternative Möglichkeiten des Public-Private-Partnership geprüft werden.

Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen nur in Ausnahmefällen!

Zwar räumt das Kommunalverfassungsgesetz den Kommunen seit einigen Jahren die Möglichkeit ein, sich selbst dann wirtschaftlich zu betätigen, wenn sie dies nicht besser können als Private. Jedoch sollten die Kommunen von dieser Möglichkeit – durchaus auch in ihrem eigenen Interesse – nicht allzu rege Gebrauch machen, denn: Privaten Akteuren Raum zur wirtschaftlichen Betätigung und Entfaltung zu lassen, spült nicht zuletzt Steuermittel in die kommunalen Kassen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wollen Sie die Preise für Strom, Wasser, Abwasser, Gas und Abfallentsorgung senken?

Wollen Sie dabei auch Privatisierungspotenziale ausschöpfen? Wie werden Sie vorgehen?

Wie werden Sie bei dem Einsatz öffentlicher Beschäftigung Nachteile für Unternehmen der Privatwirtschaft verhindern?

Raumordnung und Regionalplanung

Unternehmen benötigen einen Platz bzw. Standort („Sitz“) sowie Raum zur wirtschaftlichen Entfaltung. Die Kommunen sind gefordert, geeignete Standorte zur Verfügung zu stellen. Neben Verkehrsanbindung oder Internetanschluss sind die planerischen Voraussetzungen entscheidend. Die Einstufung des konkreten Standortes im Flächennutzungsplan muss ebenso zu den Anforderungen des jeweiligen Unternehmens passen wie die konkreten Festsetzungen des Bebauungsplans. Notwendige Abstände zwischen Gewerbe und Wohnnutzung müssen zur langfristigen Standortentwicklung ebenso gesichert werden wie Flächen für mögliche Unternehmenserweiterungen.

Häufig sind hierfür interkommunale Kooperationen erforderlich. Leider jedoch bestimmt noch zu oft kleinräumiges „Kirchturmdenken“ den kommunalen Wettbewerb. Teilweise vorhandene Ansätze für eine bessere Abstimmung sind weiter auszubauen. Für die unternehmerische Standortentscheidung zählt nicht die Gemeindegrenze, sondern die Attraktivität des Standortes.

Auch vernachlässigen viele Kommunen ihre Innenstadtentwicklung. Dabei sind gerade die Gemeinden in Sachsen-Anhalt stark vom demografischen Wandel betroffen und leiden spürbar unter der Abwanderung junger Menschen. Umsichtige Konzepte zur Entwicklung der Innenstädte und Ortskerne unter Berücksichtigung des Einzelhandels sind also besonders wichtig.

Handlungsempfehlungen

Eine wirtschaftsfreundliche Gewerbeflächenpolitik betreiben!

Die Kommunen sollten langfristig geeignete Gewerbeflächen für Industrie, Dienstleistungen und Handel zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen. Eine vorausschauende Bauleitplanung sollte Nutzungskonflikte früh erkennen und im Sinne wirtschaftsfreundlicher Kompromisslösungen vermeiden helfen. Geschaffene Gewerbeflächen sollten zudem offensiver vermarktet werden.

Innenstädte und Ortskerne entwickeln!

Innenstädte und Ortskerne sind wichtig. Sie sind das Herz jeder Gemeinde und Anker des kommunalen Lebens. Eine funktionierende Handelslandschaft ist fester Bestandteil dieses Kerns. Sie entwickeln zu helfen, ist eine bedeutsame Aufgabe der Kommunalpolitik. Auf bessere Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität kommt es an!

Interkommunale Zusammenarbeit fördern!

Statt des erwähnten „Kirchturmdenkens“ sollten die Kommunen verstärkt Lösungen durch interkommunale Kooperation und Netzwerke anstreben. Das Bewusstsein dafür, Teile eines größeren Ganzen zu sein, das insgesamt mehr unternehmerische Entwicklungschancen bieten sollte, wäre sehr wünschenswert. Dann kann auch die Gemeinde jenes Bürgermeisters profitieren, der Interessierte auf einen womöglich geeigneteren Standort jenseits der eigenen Gemeindegrenze hinweist. Engere Kooperation macht auch Marketingmaßnahmen für die Region insgesamt leichter finanzierbar. Ebenso wie wirtschaftliche Verflechtungen sollte auch interkommunale Kooperation an Landesgrenzen nicht Halt machen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wird Ihre wirtschaftsfreundliche Gewerbeflächenpolitik aussehen? Wie wollen Sie Nutzungskonflikte vermeiden?

Wie werden Sie sich für die weitere Entwicklung der Ortskerne einsetzen?

Werden Sie eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit unterstützen? Was konkret wollen Sie erreichen und wie werden Sie dabei vorgehen?

Welche langfristigen Visionen (Zeithorizont 5 bis 10 Jahre) haben Sie für die regionale Entwicklung?

Steuern und Finanzen

Ohne die notwendige Finanzausstattung bleiben viele sinnvolle Vorhaben fromme Wünsche. Finanzielle Handlungsfähigkeit ist unerlässlich. Notwendig ist also eine solide Haushaltspolitik, verbunden mit einer konsequenten Konsolidierung, um entsprechenden Spielraum zu gewinnen bzw. zu erhalten. Dies bedeutet jedoch keineswegs „sparen um jeden Preis“, sondern vorausschauende Investitionsfinanzierung.

Die Konsolidierung ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels umso wichtiger. Soziale und wirtschaftliche Infrastruktur sind weniger stark in Anspruch genommen und müssen durch immer weniger Köpfe finanziert werden. Dennoch kann diese Infrastruktur nicht einfach „mitschrumpfen“, da so erst recht Abwärtsspiralen in Gang kämen, die die Attraktivität des Standortes nachhaltig schwächen würden. Die Konzentration auf das Wesentliche ist insofern doppelt wichtig.

Nun sind Bemühungen von Kommunen um Konsolidierung durchaus erkennbar. Mit Unterstützung des Bundeslandes haben viele Kommunen die Chance genutzt, sich von einem Teil der Schulden zu befreien, um ihre zukünftige Handlungsfähigkeit sichern zu können. Es gibt aber darüber hinaus auch viel, was die Kommunen selbst beitragen können. Privatisierungen kommunaler Unternehmen beispielsweise können die finanzielle Situation der Kommune verbessern und sind meist auch ordnungspolitisch sinnvoll.

Handlungsempfehlungen

Unternehmen nicht zusätzlich belasten!

Es wäre ein Fehler, die Unternehmen mit höheren Steuern und Abgaben zusätzlich zu belasten. Das kurzfristige fiskalische Interesse darf nicht die Oberhand über langfristige und umsichtige Finanzpolitik gewinnen. Wenn es „eng“ wird, darf nicht reflexartig nur auf die Einnahmeseite geschaut werden.

Notwendigkeit aller Ausgaben prüfen!

Ausgaben folgen Aufgaben. Ohne grundsätzliche Aufgabenkritik und Disziplin bei den Ausgaben können keine Reserven erschlossen und kann die Zukunft nicht gewonnen werden. Es muss systematisch geprüft werden, welche Ausgaben tatsächlich notwendig, zielführend und angemessen sind. Konkrete Einsparmaßnahmen sollten in Haushaltssicherungskonzepten festgeschrieben und konsequent umgesetzt werden.

Haushalte langfristig konsolidieren!

Insbesondere der demografische Wandel zwingt die Kommunen zur haushaltspolitischen Zurückhaltung. Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.

Reform der Grundsteuer aufkommensneutral umsetzen!

Obwohl derzeit die genaue Ausgestaltung der Grundsteuerreform noch nicht fest steht, ist zu erwarten, dass die Kommunen durch die Gestaltung der Hebesätze Einfluss auf die konkrete Höhe nehmen werden. Wichtige Leitlinien aus Sicht der Wirtschaft sind dabei Aufkommensneutralität und die Vermeidung unangemessener Härten!

Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigen!

Wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur dürfen gerade in Krisenzeiten nicht vernachlässigt werden. Stattdessen sind bei rein konsumtiven Ausgaben alle Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen.

Chancen für intelligente Privatisierung kommunaler Betriebe prüfen und nutzen!

Einsparungen lassen sich auch durch die Privatisierung kommunaler Betriebe erzielen. Es ist systematisch zu prüfen, ob Private die Leistungen kostengünstiger anbieten können als die Kommunen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie werden Sie sich für die langfristige Haushaltskonsolidierung einsetzen?

Werden Sie die Privatisierung kommunaler Betriebe weiter vorantreiben?

Welchen wichtigen Zukunftsinvestitionen werden Sie unbedingte Priorität einräumen?

Tourismus

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Ausgaben der Tages- und Übernachtungsgäste tragen zum wirtschaftlichen Erfolg in Hotellerie und Gastronomie bei und sorgen für Umsatz im Handel und Dienstleistungsgewerbe – und somit für höhere Steuereinnahmen der Kommunen. Ein Imagefaktor ist er außerdem. Der Tourismus hat sich bereits zu einem wichtigen Jobmotor entwickelt. Ihn weiter zu fördern ist eine Chance, die die Kommunalpolitik konsequent nutzen sollte.

Tourismusförderung ist mithin weit mehr als „lästige Pflicht“. Kommunen schaden sich letztlich selbst, wenn sie in Zeiten finanzieller Engpässe hier als erstes den Rotstift ansetzen. Durch umsichtige Tourismusförderung lassen sich die Chancen auf mehr Arbeitsplätze und Wachstum erhöhen. Bei der Vermarktung zahlreicher attraktiver Angebote – auch außerhalb der eigentlichen touristischen Attraktionen – bestehen noch Umsetzungslücken und weitere Erfolgspotenziale.

Handlungsempfehlungen

Tourist-Information professionalisieren!

Die Tourist-Information spielt als erste Anlaufstelle eine wesentliche Rolle für die Zufriedenheit der Gäste. Leider entsprechen Ausstattung und Kundenorientierung nicht immer den Erwartungen der reiseerfahrenen Kunden. Deshalb sollte jede touristisch ambitionierte Gemeinde für eine sachlich und personell angemessene Ausstattung der Tourist-Information sorgen; kundenorientierte Öffnungszeiten, digitalisierte Angebote und eine stärkere Vernetzung aller Anbieter im Land sollten selbstverständlich sein.

Kooperation: Miteinander statt gegeneinander arbeiten!

Gerade kleine Gemeinden können meist nicht allein auf dem touristischen Markt Fuß fassen. Durch die Bündelung der Kräfte lassen sich die Sichtbarkeit am Markt, der Wiedererkennungswert und die Produktqualität systematisch erhöhen. Das Motto lautet: Kooperation ist Trumpf! Dies gilt nicht nur für die Kooperation zwischen den Kommunen selbst, sondern auch und insbesondere für die Kooperation etwa von Kommunen auf der einen und Tourismusunternehmen auf der anderen Seite.

Keine „Bettensteuern“!

Derlei Belastungen helfen keiner Kommune wirklich weiter, im Gegenteil: Sie sind unverhältnismäßig, rechtlich bedenklich, wettbewerbsverzerrend, bürokratisch, kundenunfreundlich und tourismusfeindlich.

Hygieneampeln oder Hygienepranger sind ungeeignet!

Diese Instrumente stigmatisieren dauerhaft. Mit schnellen Nachkontrollen ist nicht zu rechnen, da dafür die personelle Ausstattung der Lebensmittelkontrolle nicht ausreicht. Unzweifelhaft ist: Gute Hygienepraxis und Verbraucherschutz haben in der Gastronomie Priorität, sind sie doch Teil der Gastfreundschaft. Sanktionsmöglichkeiten, um Verstöße zu ahnden und wirksamen Verbraucherschutz zu sichern, gibt es bereits. Von diesen Möglichkeiten durch die Behörden konsequent Gebrauch zu machen, erscheint allemal zielführender, als die Politik zu immer neuem Nachdenken über weitere (ineffektive) Werkzeuge anzuregen.

„Schwarzgastronomie“ eindämmen und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden!

Es braucht endlich restriktive Maßnahmen, um wettbewerbsverzerrende Veranstaltungen von Vereinen und Gesellschaften wirksamer eindämmen zu können.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich gegen sog. „Bettensteuern“ stark machen?

Wie werden Sie die Tourist-Informationen professionalisieren?

Werden Sie sich gegen Hygieneampeln und Online-Pranger aussprechen?

Werden Sie sich für die Eindämmung der „Schwarzgastronomie“ einsetzen?



Standortpolitik vor Ort



hallesaale

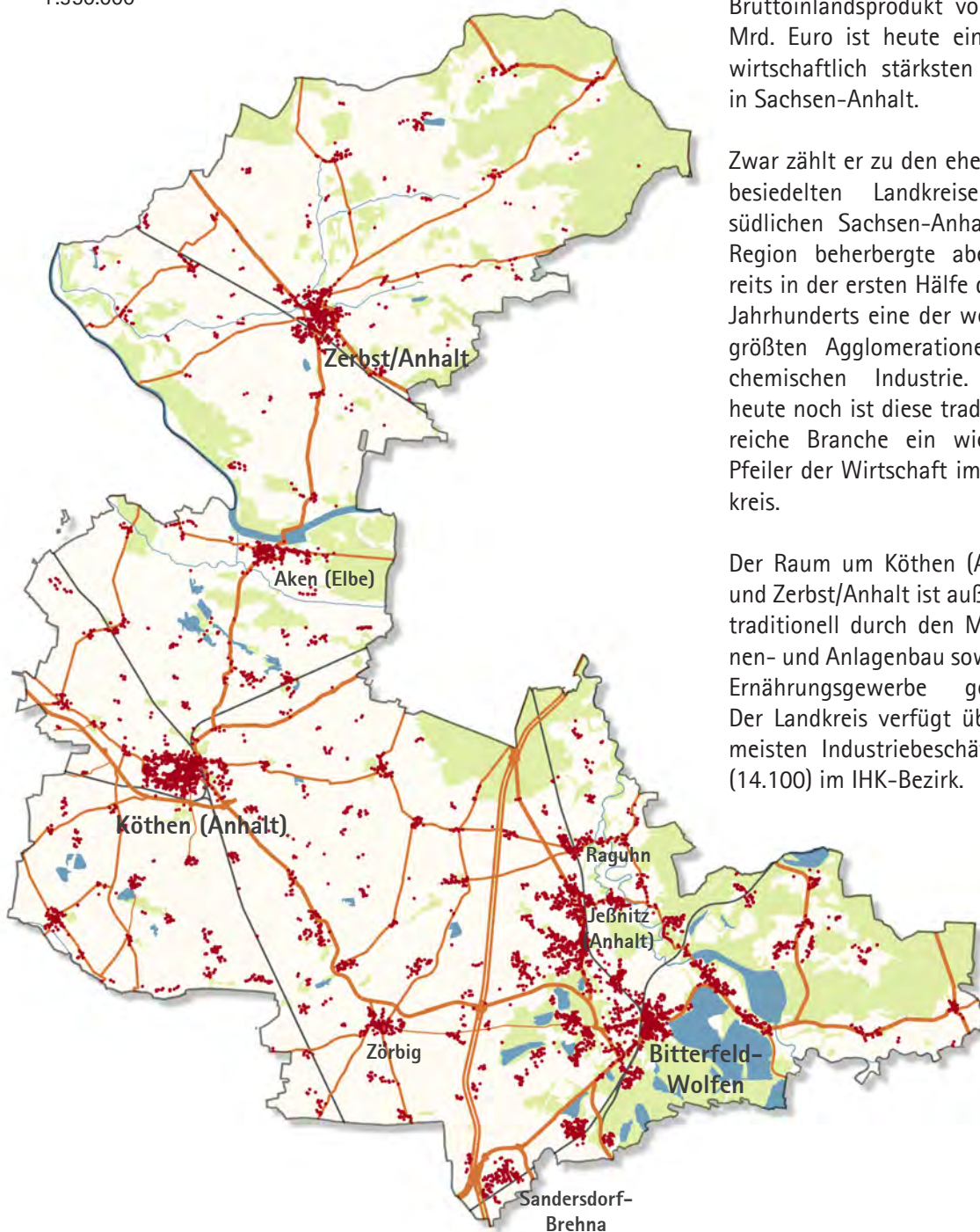
hallesaale

Die Veranstaltung wird von folgenden Mitgliedern des
Verwaltungsausschusses und dem Verwaltungsausschuss selbst
organisiert.

Anhalt-Bitterfeld

Standorte der ca. 7.000 Mitgliedsunternehmen im
Landkreis Anhalt-Bitterfeld

1:350.000



Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit seinen rund 161.000 Einwohnern, 56.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 4,4 Mrd. Euro ist heute einer der wirtschaftlich stärksten Kreise in Sachsen-Anhalt.

Zwar zählt er zu den eher dünn besiedelten Landkreisen im südlichen Sachsen-Anhalt, die Region beherbergte aber bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine der weltweit größten Agglomerationen der chemischen Industrie. Auch heute noch ist diese traditionsreiche Branche ein wichtiger Pfeiler der Wirtschaft im Landkreis.

Der Raum um Köthen (Anhalt) und Zerbst/Anhalt ist außerdem traditionell durch den Maschinen- und Anlagenbau sowie das Ernährungsgewerbe geprägt. Der Landkreis verfügt über die meisten Industriebeschäftigten (14.100) im IHK-Bezirk.

Handlungsempfehlungen

Die Goitzsche zum Tourismusschwerpunkt entwickeln!

Der Goitzschensee ist der größte See in einem Seengebiet, das aus dem ehemaligen Braunkohletagebau Goitzsche in Sachsen-Anhalt hervorgegangen ist. 2013 erfolgte die Privatisierung großer Flächen (1.000 Hektar Wasser und 300 Hektar Land). Das bietet große Chancen für die weitere touristische Erschließung und für neue Wege der Vermarktung.

Innenstadtentwicklung in Köthen (Anhalt) und Bitterfeld-Wolfen nicht vernachlässigen!

Weitere Ausweisungen dezentraler Verkaufsflächen (auf der „Grünen Wiese“) sollten unterbleiben und Leerstände in den Innenstädten von Köthen und Bitterfeld-Wolfen systematisch beseitigt werden, um eine Belebung und Attraktivität der Innenstadt zu forcieren. Die Innenstadtentwicklung und insbesondere die Ausweitung des Parkplatzangebots sind unbedingt zu fördern.

Kulturellen Reichtum der Region touristisch besser nutzen!

Als ehemaliger Wohnort von Johann Sebastian Bach trägt Köthen (Anhalt) den Beinamen „Bach-Stadt“. Die Stadt gilt als Wiege der Homöopathie. Bach-Tage und Homöopathie-Tage dokumentieren dies bereits. Die Ortschaft Reppichau gilt als Geburtsstadt des auf Eike von Repgow zurückgehenden „Sachsenspiegels“, des ersten deutschen Rechtsbuches. Die historische Strahlkraft beider Orte sollte touristisch offensiver vermarktet werden.

Vermarktung der Region forcieren und Voraussetzungen schaffen, um Jugendlichen eine Zukunft zu bieten!

Es braucht endlich restriktive Maßnahmen, um wettbewerbsverzerrende Veranstaltungen von Vereinen und Gesellschaften wirksamer eindämmen zu können.

Burgenlandkreis

Der Burgenlandkreis ist mit 181.000 Einwohnern und einer Fläche von 1.414 km² relativ dicht besiedelt. Über 59.400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ein jährliches Bruttoinlandsprodukt von 4,4 Mrd. Euro zeugen von beachtlicher Wirtschaftskraft. Das Ernährungsgewerbe ist dabei der wichtigste Industriezweig. Rund 3.800 Beschäftigte erwirtschaften hier über die Hälfte des gesamten Branchenumsatzes im IHK-Bezirk. Außerdem sind der Braunkohlebergbau, die chemische Industrie, die Baustoffproduktion und die Metallverarbeitung von Bedeutung. Die Verkehrsinfrastruktur ist mittlerweile gut ausgebaut.

Standorte der ca. 8.000 Mitgliedsunternehmen im Burgenlandkreis



Ein weiterer Standortvorteil ist die reizvolle Landschaft mit Weinanbau an Saale und Unstrut sowie mit zahlreichen Burgen und historischen Stätten von internationaler Bedeutung (z. B. Naumburger Dom als Weltkulturerbestätte). Aber auch hier ist der demografische Wandel die große Herausforderung: Der Landkreis hat seit 1991 mit rund 59.000 Einwohnern fast ein Viertel seiner Bevölkerung verloren. Bis 2030 könnte er weitere 24.000 Einwohner verlieren.

Handlungsempfehlungen

Braunkohleausstieg: Der Region eine Perspektive geben!

Die Braunkohleindustrie hat im Landkreis eine enorme wirtschaftliche Bedeutung, sowohl was die Wertschöpfung betrifft als auch in Bezug auf deren Rolle als Arbeitgeber und größter Ausbilder der Region. Der politisch beschlossene Kohleausstieg darf nicht zu neuen Strukturbrüchen in der Region führen. Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit adäquate zukunftssichere Arbeitsplätze in der Region entstehen können. Investitionen müssen nachhaltig und mit strategischer Perspektive erfolgen und dürfen sich nicht im „Klein-Klein“ aus der Not geborener niederschwelliger Projekte verlieren.

Touristisches Potenzial durch offensivere Marketingstrategie besser ausschöpfen!

Die Kreisstadt Naumburg (Saale) ist durch ihren Dom mit den Stifterfiguren Ekkehard und Uta weltbekannt – die Eintragung in die UNESCO-Welterbeliste im Jahr 2018 bietet somit neue Potenziale zur Vermarktung der „ganzen“ Region. Zudem hat der Fund der Himmelsscheibe von Nebra (Unstrut) als frühzeitliche Darstellung unseres Sonnensystems international Aufmerksamkeit erregt. Auch die Weinbaulandschaft mit Burgen an Saale und Unstrut ist deutschlandweit einzigartig. Die Fahrgastschiffahrt an Saale und Unstrut sollte umgehend reaktiviert werden. Diese Alleinstellungsmerkmale sollten (noch) offensiver vermarktet werden.

Leistungsfähige Breitbandversorgung im ländlichen Raum!

Mit der „digitalen Agenda“ des Landes wurde die Marschrichtung für den Breitbandausbau vorgegeben. Im Jahr 2019 sind jedoch noch immer nicht alle Haushalte und Unternehmen versorgt. Kontinuierliches Wachstum, mehr Beschäftigung und das Bewältigen der zukünftigen Herausforderungen im „digitalen Zeitalter“ erfordern insbesondere im ländlichen Raum einen sofortigen Ausbau des Hochleistungsnetzes.

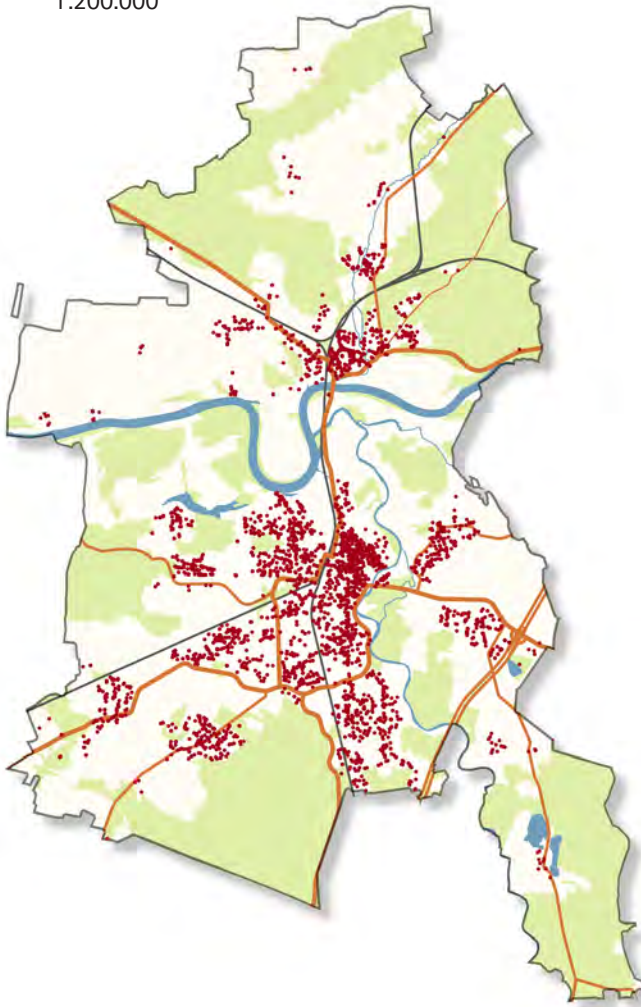
Energiewende ohne weiteren Einzug landwirtschaftlicher Nutzflächen sichern!

Vorrangig sollte die landwirtschaftliche Nutzfläche für die Ernährungswirtschaft gesichert und nicht durch weitere Nutzungskonkurrenz unter Druck gesetzt werden. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche ist essentiell für die Region.

Dessau-Roßlau

Standorte der ca. 3.500 Mitgliedsunternehmen
in der Stadt Dessau-Roßlau

1:200.000



Für die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau mit 82.000 Einwohnern auf 245 km² stellt sich im Vergleich zu den Nachbarregionen die demografische Herausforderung in besonderem Maße.

Die Stadt gilt – gemessen am Durchschnittsalter der Bevölkerung mit 49,5 Jahren – als eine der ältesten Städte Deutschlands. Hier arbeiten 34.100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und erwirtschaften jährlich ein Bruttoinlandsprodukt von 2,4 Mrd. Euro (56.400 Euro je Erwerbstätigen).

Den wirtschaftlichen Schwerpunkt bilden vor allem der Maschinenbau und die Pharmaindustrie. Dessau-Roßlau ist einer von drei Standorten der Hochschule Anhalt und folgt mit dem Schwerpunkt Architektur und Design der Tradition des Bauhauses.

Mit dem aktuellen Forschungsprojekt TRAINS knüpfen Hochschule und regionale Unternehmen aus dem Bereich Bahntechnologie an eine weitere langjährige Tradition an: Dessau-Roßlau als Eisenbahnstandort.

Das Umweltbundesamt hat seinen Sitz in der Stadt. Die Umgebung mit den Auenlandschaften von Elbe und Mulde sowie die Nähe zum berühmten Gartenreich (Wörlitzer Park) sind für Einwohner wie Touristen reizvoll.

Mit der Etablierung einer Stadtmarketinggesellschaft hat Dessau-Roßlau erste wichtige Schritte dahingehend unternommen, ihr touristisches Potenzial als Zentrum der Welt-erbergeregion Anhalt gezielt professionell zu vermarkten.

Handlungsempfehlungen

Gewerbesteuerhebesätze senken!

Dessau-Roßlau hat einen der höchsten Gewerbesteuerhebesätze in ganz Ostdeutschland. Zur Sanierung der Stadtfinanzen ist auf der Ausgabenseite anzusetzen! Weitere Steuererhöhungen würden die Unternehmen noch weiter belasten und Arbeitsplätze gefährden.

Die Hochschule Anhalt als Magnet für junge Menschen nutzen!

Die Stadt profitiert von der Hochschule, da sie junge Menschen anzieht. Durch eine kontinuierliche Innenstadtentwicklung, durch gezieltere Kontaktvermittlung zu Unternehmen und generell die weitere Verbesserung des Kultur- und Freizeitangebotes sollte die Stadt ihre Bemühungen um den Zuzug bzw. das Halten junger Fach- und Führungskräfte weiter intensivieren. Die Hochschule sollte zudem eine zentrale Rolle dabei spielen, die Gründungskultur in der Stadt sowohl quantitativ als auch qualitativ zu verbessern. Die Akteure der Gründungsberatung und -begleitung in der Stadt sollten noch stärker vernetzt agieren.

Tourismuspotenzial gezielter nutzen, weiter ausbauen und verstetigen!

Für das Tourismusmarketing der Stadt ist das Bauhaus von zentraler Bedeutung – insbesondere im Jubiläumsjahr 2019. Die Herausforderung für die Stadt wird insbesondere sein, den erwarteten Besucheranstieg (speziell auch ausländischer Gäste) zum Jubiläum zu bewältigen und das Interesse am historischen Bauhausstandort Dessau über das Jubiläumsjahr hinaus zu verstetigen. Auch das Erbe Hugo Junkers' als Pionier des Flugzeugbaus sowie der landschaftlich einmalige Elberadweg bieten reichlich touristisches Vermarktungspotenzial.

Bei der Entwicklung neuer Verkaufsflächen Augenmaß halten!

Die Stadt Dessau-Roßlau liegt bei der Verkaufsfläche je Einwohner weit über dem Bundesdurchschnitt. Vor dem Hintergrund schrumpfender Bevölkerung und einem Kaufkraftniveau von derzeit nur 91,7 Prozent des Bundesdurchschnitts ist dies sehr bedenklich. Der Neubau des Bauhausmuseums ist mit dem Masterplan Innenstadt als Impuls für die Verbesserung der Innenstadtattraktivität zu nutzen. Die Innenstadt ist gezielt um weitere oberzentrale Leitsortimente in gehobenen Qualitäten zu ergänzen. Entwicklungsanfragen der Stadtteilversorgungszentren sind unter dem Vorrang der Innenstadt zu entscheiden.

ICE-Anschluss für Dessau-Roßlau unterstützen!

Insbesondere zur besseren Erreichbarkeit der Region mit ihren zahlreichen Welterbestätten und einer überregional bedeutsamen Institution wie dem Umweltbundesamt ist eine hochwertigere Zuganbindung erforderlich. Die Stadt Dessau-Roßlau sollte dies offensiv einfordern.

Halle (Saale)

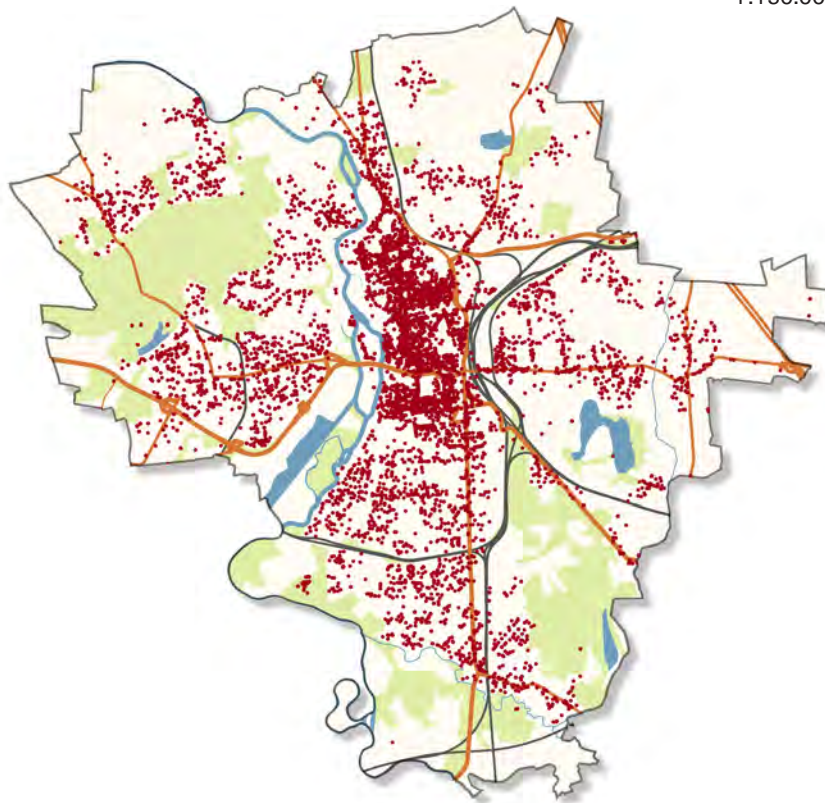
Die Stadt Halle (Saale) ist mit 238.500 Einwohnern die größte Stadt Sachsen-Anhalts. Über 96.500 Menschen sind dort sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Jährlich wird ein Bruttoinlandsprodukt von 6,9 Mrd. Euro erwirtschaftet. Die Stadt ist infrastrukturell sehr gut in den mitteldeutschen Wirtschaftsraum eingebunden und hat über Autobahnen, ICE-Trassen und den internationalen Flughafen Leipzig/Halle beste Verbindungen zu anderen deutschen und internationalen Wirtschaftszentren.

Als Oberzentrum ist die Stadt ein wichtiger Standort für Handel und Dienstleistungen. Aber auch bekannte Unternehmen des Ernährungsgewerbes haben ihren Sitz in Halle (Saale), so etwa die KATHI Rainer Thiele GmbH oder die Halloren Schokoladenfabrik AG als älteste ihrer Art in Deutschland. Zudem sind Maschinenbau und Logistik in Halle (Saale) prominent vertreten.

Halle (Saale) ist zugleich eine Stadt der Wissenschaft. So haben die Martin-Luther-Universität, Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz- und Helmholtz-Institute sowie auch und insbesondere die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina ihren Sitz in Halle (Saale). Mit dem Weinberg Campus und dem Mitteldeutschen Multimedia Zentrum verfügt die Stadt über moderne und leistungsfähige Innovationsstandorte, vor allem für Start-ups.

Standorte der ca. 9.500 Mitgliedsunternehmen in der Stadt Halle (Saale)

1:150.000



Handlungsempfehlungen

Den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Halle (Saale) weiter ausbauen und besser vermarkten!

Die Stadt braucht mehr Unternehmen, vor allem mehr Gründer und Nachfolger. Erforderlich dafür sind ausreichend verfügbare Gewerbe- und Industrieflächen. Gemeinsam mit der Universität sollte die vielfältige Forschungslandschaft weiterentwickelt und auch die Zahl der Hochschulausgründungen ausgebaut werden. Darüber hinaus muss die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft intensiviert werden. Dazu können auch mehr internationale Wissenschaftskonferenzen beitragen.

Haushalt konsolidieren!

Um dauerhaft handlungsfähig zu bleiben, muss die Stadt ihren Haushalt nachhaltig konsolidieren und echten Schuldenabbau betreiben. Strikte Ausgabendisziplin und der umsichtige Verkauf kommunaler Beteiligungen böten Möglichkeiten, Spielraum zu gewinnen.

Erreichbarkeit der Innenstadt verbessern!

Dafür sind ein leistungsfähiger ÖPNV und mehr öffentliche Fahrrad-Abstellanlagen genauso notwendig wie ein besseres Parkleitsystem und vor allem mehr Parkplätze in der nördlichen Innenstadt sowie im Bereich der Oper. Aktuelle Überlegungen zur weiteren Verkehrsberuhigung in der Innenstadt sind kontraproduktiv.

Trotz Straßenbahnvorrang: Ampelschaltzeiten optimieren!

Lange Standzeiten an Kreuzungen (z. B. Franckeplatz!) erhöhen die Umweltbelastung und führen zu höherem Kraftstoffverbrauch. Außerdem kommt es zu zusätzlichen Staus an zentralen Kreuzungen, die den normalen Verkehrsfluss behindern.

Städtepartnerschaften als wichtiges Instrument stärker nutzen!

Zur Förderung der Internationalisierung, des Erfahrungsaustauschs sowie des Wissenstransfers sind bestehende (internationale) Städtepartnerschaften stärker als bisher zu unterstützen und mit Leben zu erfüllen.

Wichtige Infrastrukturprojekte zügig umsetzen!

Wichtig für die Standortqualität ist eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt ebenso wie der weiteren städtischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte. Eine leistungsfähige städtische Verkehrsinfrastruktur ist daher genauso notwendig wie die regionale und überregionale Anbindung. Die zügige Fertigstellung der A 143 und das Stadtbahnprogramm sind prioritär. Zusätzlich sollten ein dritter Saaleübergang im Norden, ein Autobahnzubringer zur A 38 im Süden und eine leistungsfähige Westanbindung des Industrie-/Gewerbegebietes „Star Park“ in Angriff genommen werden. Zudem muss der erhebliche Instandhaltungs- und Reparaturstau bei der städtischen Verkehrsinfrastruktur aufgelöst werden.

Stadtimage und Stadtmarketing verbessern!

Halle (Saale) ist längst nicht mehr die „graue Diva“. Eine fokussierte Image-Strategie ist notwendig, um die Stadt deutschlandweit und international bei Investoren und Touristen besser bekannt zu machen. Das gerade in Erarbeitung befindliche Tourismuskonzept ist zügig und unter Einbindung aller Partner und des Saalekreises umzusetzen.

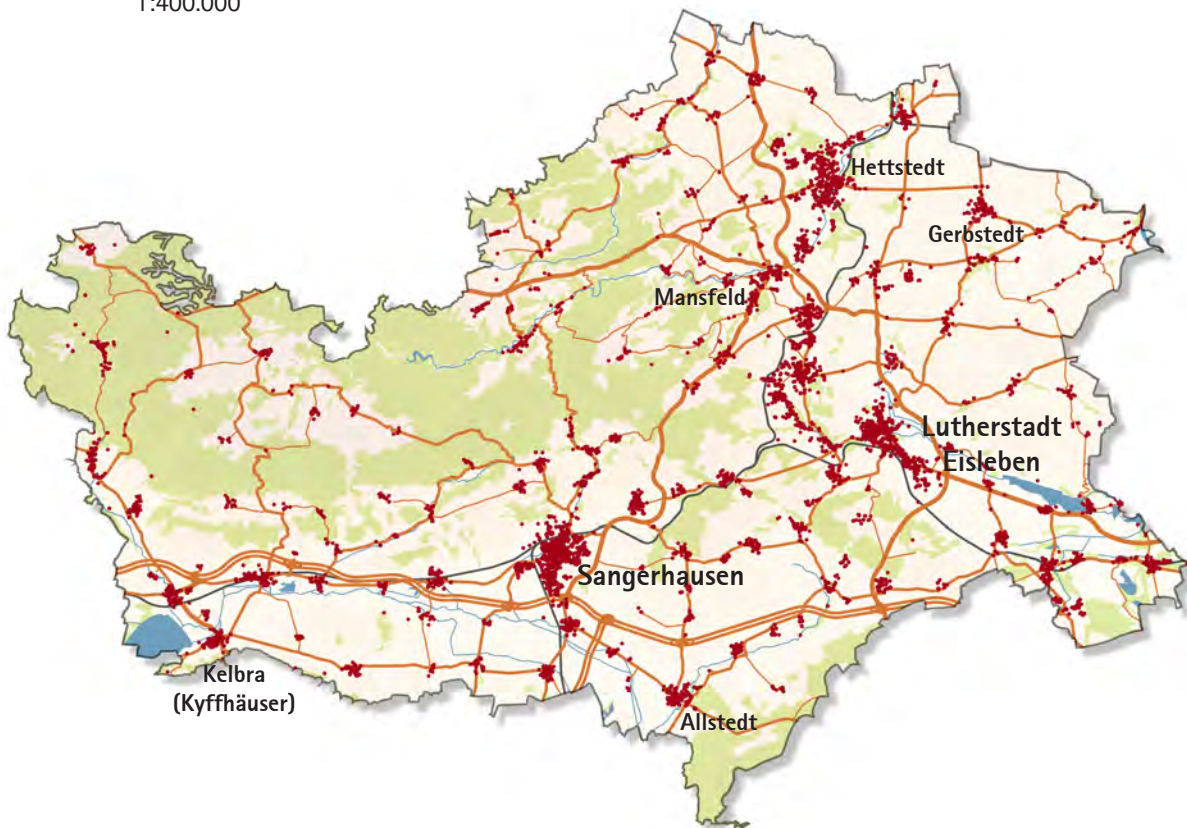
Mansfeld-Südharz

Die Investitionen der vergangenen Jahrzehnte haben Mansfeld-Südharz zu einer modernen Verkehrsinfrastruktur verholfen. Derzeit wird im Landkreis mit seinen 137.000 Einwohnern auf 1.449 km² Fläche ein jährliches Bruttoinlandsprodukt von 2,7 Mrd. Euro erwirtschaftet. So haben sich im Landkreis Unternehmen neuer, aber auch traditioneller Branchen des produzierenden Gewerbes angesiedelt.

Der Landkreis Mansfeld-Südharz gehört mit 95 Einwohnern je Quadratkilometer zu den dünner besiedelten Landkreisen im IHK-Bezirk (Durchschnitt: 138 EW/km²). Die Kaufkraft liegt mit rund 19.100 Euro je Einwohner und Jahr an vorletzter Stelle im IHK-Bezirk (Durchschnitt 19.900 Euro). Sorge bereiten vor allem der Bevölkerungsrückgang und die Zunahme des Anteils Langzeitarbeitsloser an der Zahl arbeitslos gemeldeter Menschen. Ein großes touristisches Potenzial steckt in den natürlichen und kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten der Region Mansfeld-Südharz.

Standorte der ca. 6.000 Mitgliedsunternehmen im Landkreis Mansfeld-Südharz

1:400.000



Handlungsempfehlungen

Touristische Potenziale der Region besser ausschöpfen!

Die geografische Lage des Landkreises verbindet die reizvolle Natur des Südharzes und des Harzvorlandes mit den kulturhistorischen Stätten der Region. Die sich so ergebenden Alleinstellungsmerkmale sollten auch mit Hilfe des Tourismuskonzeptes zielgerichtet genutzt werden. Die im Konzept formulierten Handlungsempfehlungen sollten konsequent und zügig umgesetzt werden. Die mit der Initiative Südharz-Kyffhäuser initiierte Qualitätsoffensive kann dies ergänzen und sollte daher unterstützt werden.

Fachkräftesicherung als wichtige Herausforderung!

Der demografische Wandel hinterlässt zunehmend seine Spuren. Über alle Branchen hinweg wird es immer schwieriger, geeignete Fach- und Nachwuchskräfte zu finden und zu binden. Dafür gilt es, alle Potenziale in der Region zu erschließen und zu nutzen. Die Unternehmen sollten dabei alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, wie etwa zukunftsgerichtete Aus- und Weiterbildung, Erhöhung der eigenen Attraktivität, bspw. bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, oder auch regionales unternehmerisches Engagement. Darüber hinaus bieten neue Aktivitäten in der Arbeitsmarktförderung zusätzliche Möglichkeiten, Arbeitskräfte zu gewinnen. Aktivitäten zur Fachkräftesicherung müssen gebündelt werden und so zu einer Zusammenarbeit aller Akteure der Region führen.

Augenmaß bei der Verkaufsflächenentwicklung!

Vor dem Hintergrund sinkender Einwohnerzahlen und vergleichsweise geringer Kaufkraft sollte die weitere Ausweisung von Handelsflächen mit Augenmaß erfolgen. Besonders für die Städte Sangerhausen und Hettstedt sowie die Lutherstadt Eisleben gilt es, die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen. Neben der eingeleiteten Verbesserung der Erreichbarkeit sollten die Innenstädte zu einem Handels- und Dienstleistungsstandort entwickelt werden. Eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Händlern und Dienstleistern sowie Kommunen und Vermietern erscheint sinnvoll.

Bestehende Unternehmen unterstützen und Neuansiedlung befördern!

Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises ist es notwendig, bestehende Unternehmen bei Erweiterungsabsichten zu unterstützen und weitere Unternehmen anzusiedeln. Hierzu sind bestehende Planungen für Flächenausweisungen voranzutreiben und dabei aktiv an der Lösung der vorhandenen Konflikte, wie im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, mitzuwirken.

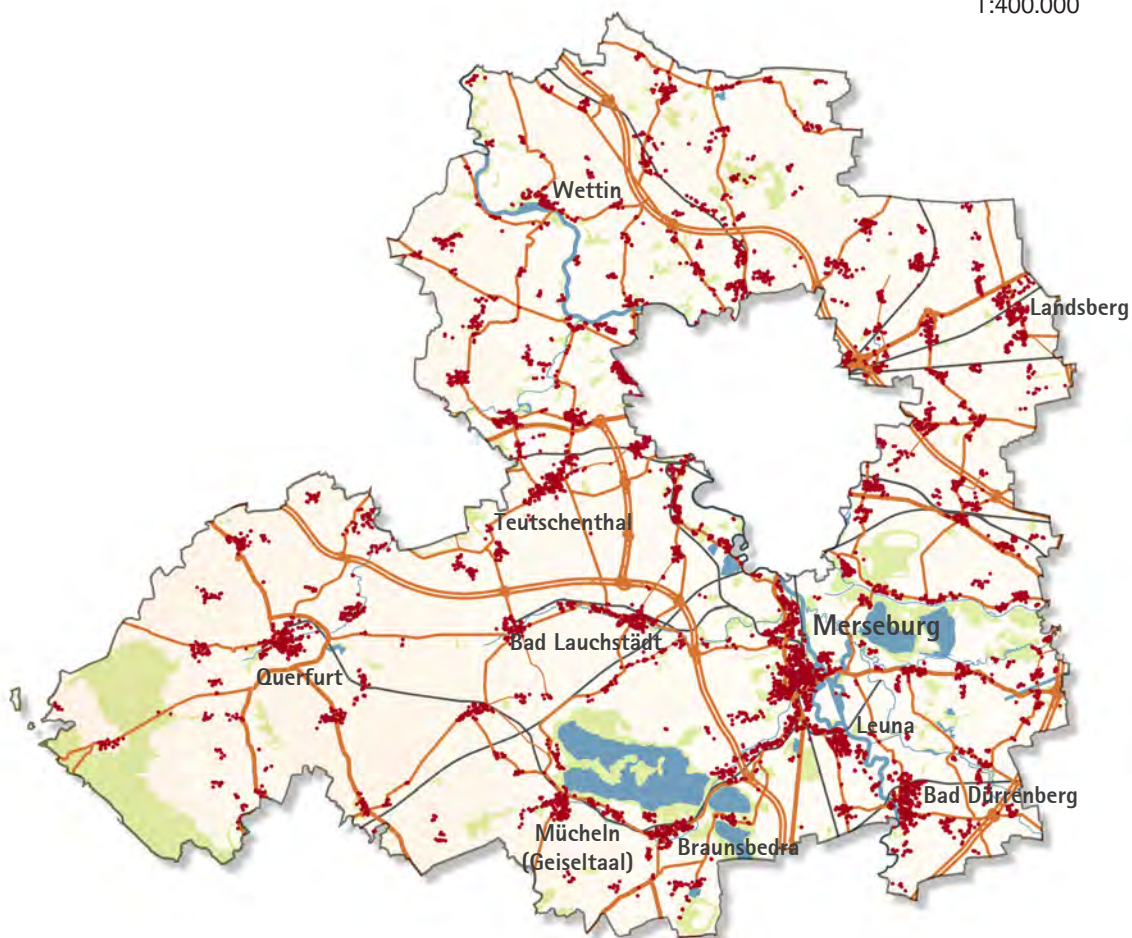
Saalekreis

Der Saalekreis mit seinen 185.000 Einwohnern, 69.200 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 6,0 Mrd. Euro ist heute ein industrielles Zentrum des IHK-Bezirk. Vor allem die chemische Industrie hat den Saalekreis zum wirtschaftlich stärksten Landkreis Sachsen-Anhalts werden lassen.

Mit einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen von 70.700 Euro erreicht die Wirtschaft im Landkreis die mit Abstand höchste Arbeitsproduktivität in Sachsen-Anhalt und liegt damit sogar deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Autobahnen A 9, A 14, A 38 und A 143, zahlreiche Bundesstraßen, Schienenverkehrsknoten und der Interkontinentalflughafen Leipzig/Halle machen den Landkreis auch für (weitere) internationale Firmen zu einem attraktiven Standort.

Standorte der ca. 8.000 Mitgliedsunternehmen im Saalekreis

1:400.000



Handlungsempfehlungen

Zügige Fertigstellung der A 143 vorantreiben!

Die Autobahn A 143 komplettiert den Autobahnring um Halle (Saale) und sichert eine leistungsfähige Verkehrsbindung. Auch bei der regionalen Verkehrsinfrastruktur besteht Handlungsbedarf: So etwa die Modernisierung der Landes- und Kommunalstraßen sowie die Sanierung vieler Brücken. Insbesondere die Südumfahrung Merseburg im Zuge der Komplettierung der L 178n zur direkten Anbindung des Standortes Leuna an die Autobahn A 38 ist zügig fertigzustellen. Aber auch die Nahverkehrsanbindung an das Oberzentrum Halle (Saale) bietet noch Verbesserungspotenzial.

Energiekostenanstieg bremsen!

Die chemische Industrie mit ihrer Vielzahl an energieintensiven Betrieben bildet einen Schwerpunkt der Wirtschaft im Saalekreis. Nicht zuletzt der subventionierte Ausbau vieler Anbieter im Bereich erneuerbarer Energien treibt die Stromkosten und die Netzentgelte in die Höhe. Deshalb ist bei der Ausweisung neuer Flächen zur Energiegewinnung aus Wind- und Solarkraft größte Zurückhaltung geboten.

Stadt-Umland-Probleme lösen!

Zwischen dem Oberzentrum Halle (Saale) und den umliegenden Gemeinden ergeben sich häufig Konflikte, insbesondere mit Blick auf die Ausweisung von Gewerbeflächen und einer gemeinsamen touristischen Vermarktung. Hier ist z. B. eine gemeinsame Flächen-nutzungsplanung anzustreben, um Konflikte zu entschärfen.

Geiseltalsee als Touristenmagnet besser vermarkten!

Hier sind alle anliegenden Gemeinden, die Landkreisverwaltung, Seenbetreiber und (touristische) Unternehmen gemeinsam gefordert. Dringend vonnöten ist hier bspw. ein abgestimmtes Marketing- und Straßen-/Weg-Infrastrukturkonzept. Gleichwohl müssen schutzwürdige Interessen von Unternehmen vor Ort beachtet werden; so darf nicht etwa ein Klima entstehen, das im Zuge einer „Naherholungs- und Tourismuseuphorie“ Unternehmen des produzierenden Gewerbes in ihren Vorhaben oder gar ihrer bloßen Existenz unter Rechtfertigungsdruck setzt.

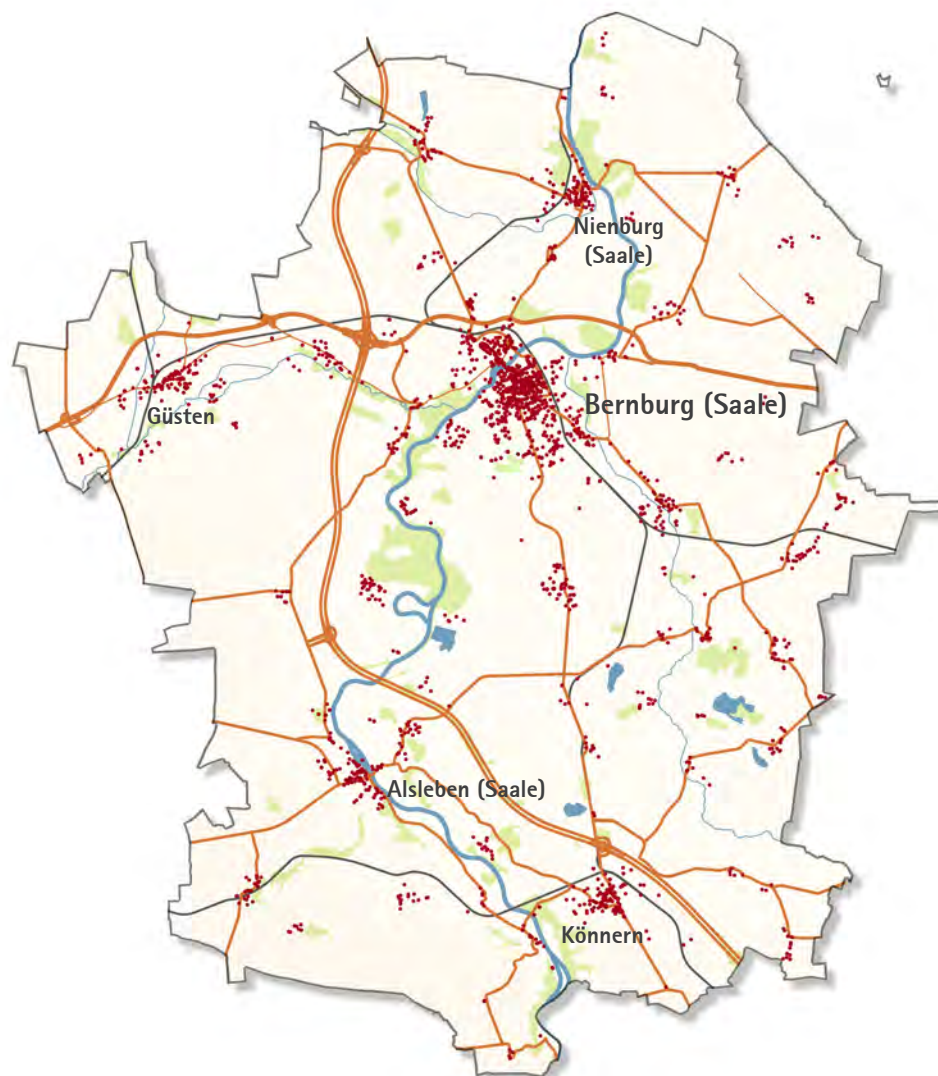
Salzlandkreis

Der Salzlandkreis ist mit 191.500 Einwohnern einer der bevölkerungsreichsten Landkreise Sachsen-Anhalts.

Mit 63.200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 4,7 Mrd. Euro ist der Salzlandkreis auch wirtschaftlich sehr stark. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Jahr beträgt 58.600 Euro. Dennoch ist die Kaufkraft mit 82,1 Prozent des Bundesdurchschnitts niedriger als in den meisten anderen Landkreisen Sachsen-Anhalts. Wenn sich die demografische Entwicklung fortsetzt, könnte die Bevölkerung bis 2030 noch einmal um 15 Prozent schrumpfen.

Standorte der ca. 2.000 Mitgliedsunternehmen im Altkreis Bernburg

1:200.000



Handlungsempfehlungen

Wettbewerbsfähige Energiepreise und Verfügbarkeit leistungsfähiger Netze und Speicher sichern!

Die Region Bernburg (Saale) ist durch energieintensive Branchen geprägt und muss auf wettbewerbsfähige Energiepreise bauen können! Da die Energiepreissteigerung u. a. an den Ausbau der erneuerbaren Energiegewinnung gekoppelt ist, sollte der Bau von Photovoltaikanlagen und Windparks mit Augenmaß umgesetzt werden. Die Verfügbarkeit leistungsfähiger Netze und Speicher ist dabei unabdingbar.

Gewerbeflächenmanagement verbessern!

Ein Gewerbeflächenkonzept des gesamten Landkreises ist so zu entwickeln, dass die Vorzüge des jeweiligen Wirtschaftsstandorts verdeutlicht werden. Mit innovativen Instrumenten (z. B. einer Ansiedlungsprämie) könnte die Belegung vorhandener Gewerbeflächen beschleunigt werden.

Konzepte für die Mobilität von Fachkräften und Auszubildenden entwickeln!

Geeignete Fachkräfte und Auszubildende zu finden, ist schwierig genug. Natürlich müssen Unternehmen aber auch gut erreichbar sein; dies ist durch intelligente Verknüpfungen der Verkehrsträger, des Individualverkehrs und des ÖPNV zu gewährleisten.

Fachkräfte sichern und zurückgewinnen!

Im Rahmen einer Imagekampagne des Landkreises sollte eine Plattform erarbeitet werden, die zu besetzende Arbeitsstellen und sogenannte „weiche“ Faktoren (z. B. bedarfsgerechte Kinderbetreuung, attraktiver Lebensraum, kulturelles Angebot, Lebensumfeld etc.) übersichtlich und überzeugend darstellen, damit die Attraktivität der Region für Fachkräfte verdeutlicht wird.

Innenstädte und Ortszentren beleben und stärken!

Bei der weiteren Entwicklung von Handelsflächen sind die städtebaulichen Kernbereiche und Ortszentren zu stärken. Dies sollte mit Augenmaß erfolgen.

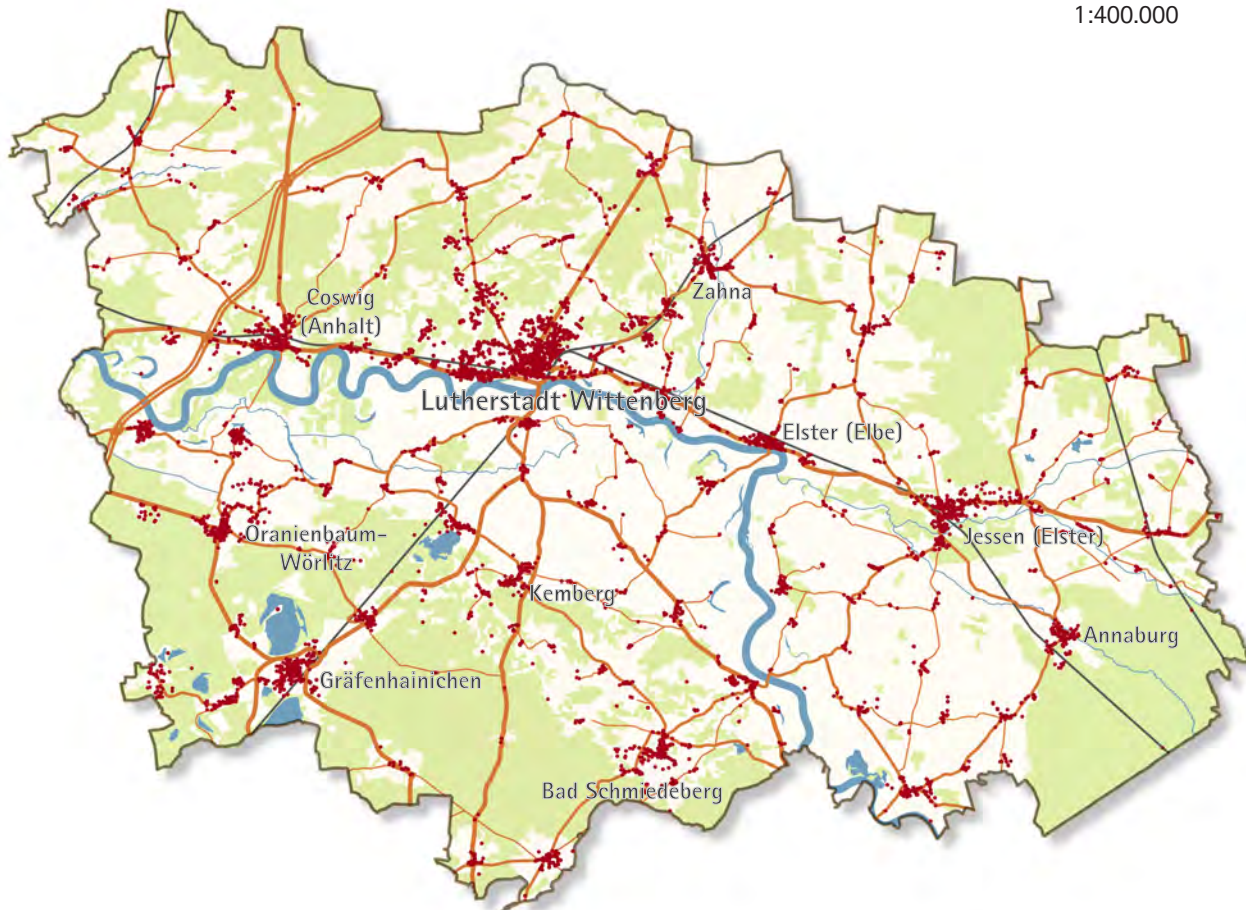
Wittenberg

Der Landkreis Wittenberg steht mit 126.500 Einwohnern, 42.800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 3,2 Mrd. Euro und einem ausgewogenen Branchenmix aus Chemie, Metall- und Spezialfahrzeugbau, Ernährungsgewerbe und Gesundheitsdienstleistungen durchaus gut da. Die Landwirtschaft ist aufgrund der guten Böden sehr leistungsfähig; sie liefert die Rohstoffe für das Ernährungsgewerbe.

Der Landkreis zeichnet sich durch zahlreiche Sehenswürdigkeiten aus: Die Kreisstadt Lutherstadt Wittenberg besitzt eine attraktive, geschichtsträchtige Altstadt und ist als Ausgangspunkt der lutherischen Reformation weltbekannt. Neben der Lutherstadt Wittenberg als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum laden auch attraktive Tourismusregionen wie der Wörlitzer Park, der Fläming, das Biosphärenreservat in den Elbauen, das Jessener Land sowie zahlreiche Badeseen zu einem Besuch ein. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im Landkreis liegt mit rund 59.600 Euro im Jahr leicht über dem Durchschnitt des Landes.

Standorte der ca. 6.000 Mitgliedsunternehmen im Landkreis Wittenberg

1:400.000



Handlungsempfehlungen

Bei der weiteren Entwicklung von Verkaufsflächen Augenmaß bewahren!

Die Neuausweisung und Erweiterung bestehender Einzelhandelsflächen sollte primär in den Innenstadtbereichen erfolgen und der Verbesserung der wohnortnahen Grundversorgung dienen.

Parksituation in den Innenstädten verbessern!

Die touristische Attraktivität der Innenstädte könnte und sollte durch weitere Anstrengungen für ein ausreichendes Parkplatzangebot (auch bei Großveranstaltungen!), ein schlüssiges Parkleitsystem und angemessene Parkgebühren verbessert werden.

ÖPNV ertüchtigen!

Die Gestaltung des ÖPNV sollte die Erreichbarkeit von Unternehmen, Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen sicherstellen.

Tourismuspotenzial besser nutzen!

Um die Chancen aus der Nachnutzung des Reformationsjubiläums für die Region besser zu nutzen, sollten regionale und überregionale Marketingstrategien verknüpft und optimiert werden. Die vorhandenen Radwege sollten weiter ausgebaut, vernetzt und beworben werden. Die Einführung einer Bettensteuer wird die weitere touristische Entwicklung jedoch behindern und zu einseitigen Belastungen der touristisch geprägten Unternehmen führen.

Den Osten des Landkreises besser anbinden!

Ein Standortvorteil der Region ist die überwiegend gut ausgebaute Infrastruktur mit der Autobahn A 9, mit zahlreichen Bundesstraßen und Schienenverbindungen sowie der Elbe als Transportweg. Nachholbedarf gibt es aber noch bei der Anbindung der östlichen Bereiche des Landkreises. Die Nordumfahrung Coswig/Griebo/Wittenberg muss jetzt zügig realisiert werden. Ebenso sind die Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes zur Ertüchtigung der B 187 zwischen Mühlanger und Jessen (Elster) zeitnah umzusetzen. Auch der Breitbandausbau ist in der Region vorrangig zu betreiben – Unternehmen beklagen hier noch viele „weiße Flecken“.

IMPRESSUM

©2019 bei der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau (IHK)

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau

Franckestraße 5 | 06110 Halle (Saale)

Internet: www.halle.ihk.de

E-Mail: info@halle.ihk.de

Redaktion

Geschäftsfeld Standortpolitik

Hendrik Senkbeil

Telefon: 0345 2126-255

Telefax: 0345 212644-255

Druck

Elbe Druckerei Wittenberg GmbH

Abbildungen

Michael Deutsch (S. 2)

Mitteldeutsche Zeitung/G. Bauer (S. 24, 25)

Uwe Köhn (Titelseite, S. 4, 5)

Stand

März 2019

HAUPTSITZ HALLE (SAALE)

Franckestraße 5
06110 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2126-0
Telefax: 0345 2126-105
info@halle.ihk.de
www.halle.ihk.de

GESCHÄFTSSTELLE DESSAU

Lange Gasse 3
06844 Dessau-Roßlau
Telefon: 0340 26011-0
Telefax: 0340 26011-10

Kontaktbüro Bitterfeld

Niemegker Straße 1 d
06749 Bitterfeld-Wolfen
Telefon: 03493 3757-0
Telefax: 03493 3757-16

Kontaktbüro Bernburg

Schloßstraße 11
06406 Bernburg (Saale)
Telefon: 03471 659505
Telefax: 0340 260114424

Kontaktbüro Lutherstadt Wittenberg

Lutherstraße 56
06886 Lutherstadt Wittenberg
Telefon: 03491 670121
Telefax: 03493 37574424

GESCHÄFTSSTELLE SANGERHAUSEN

Ewald-Gnau-Straße 1 b
06526 Sangerhausen
Telefon: 03464 260959-0
Telefax: 03464 260959-19

Kontaktbüro Eisleben

Vicariatsgasse 4
06295 Lutherstadt Eisleben
Telefon: 03475 6678186
Telefax: 03464 260959-19

GESCHÄFTSSTELLE WEISSENFELS

Markt 6
06667 Weißenfels
Telefon: 03443 4325-0
Telefax: 03443 4325-10

Kontaktbüro Naumburg

Schönburger Straße 41
06618 Naumburg (Saale)
Telefon: 03443 4325-0
Telefax: 03443 4325-10



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau